

Das Gießener Land. Zusammenhalten.
Unser Programm zur Kommunalwahl 2016



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Unser Selbstverständnis: Wachstum und Wandel gerecht gestalten.....	3
Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik: Menschen befähigen, Wirtschaft stärken, Wohlstand schaffen. .	8
Energiepolitik: Energiewende dezentral und bezahlbar gestalten, Wertschöpfung vor Ort schaffen. .	16
Bildungspolitik: Chancengleichheit fördern, Teilhabe ermöglichen.....	20
Zuwanderungs- und Integrationspolitik: Sorgen aufgreifen, Chancen nutzen, Miteinander stärken.....	23
Frauenpolitik: Die Verwirklichung der Gleichberechtigung ist eine dauernde Aufgabe.....	26
Seniorenpolitik: Erfahrungen für das Gemeinwesen nutzen und Engagement fördern.....	27
Kinder- und Jugendpolitik: Beteiligung schaffen und Chancen bieten.....	29
Gesellschaftspolitik: Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement sind das Fundament unserer Miteinanders vor Ort.....	30
Politik für den ländlichen Raum: Daseinsvorsorge sichern, Wirtschaft stärken, Dörfer weiterentwickeln.....	31
Sportpolitik: Strukturen erhalten und Vereinen helfen.....	33
Familienpolitik: Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.....	33
Verkehrspolitik: Mobilität für Alle ermöglichen.....	34
Abfallwirtschaftspolitik: Intelligente Politik verbindet Klima- und Umweltschutz mit Beschäftigungsaufbau.....	36
Wohnraumpolitik: Guten und bezahlbaren Wohnraum schaffen.....	37
Umweltpolitik: Unsere Natur schützen.....	38
Kulturpolitik: Kreativität fördern und Zugang für Alle ermöglichen.....	39

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

auf den folgenden Seiten möchten wir Ihnen darlegen, was wir für unseren Landkreis in den vergangenen Jahren erreicht haben und welche Ziele wir für die Wahlperiode 2016-2021 verfolgen. Soziale Gerechtigkeit, die Sicherung und Schaffung von Beschäftigung, die Freiheit des Einzelnen und die Gestaltung unseres Miteinanders sind dabei die Richtschnur für unsere Ideen und Konzepte.

Wir wollen den Dialog mit Ihnen – teilen Sie uns Anregungen, Kritik oder Lob mit. Schreiben Sie uns, rufen Sie uns, sprechen Sie uns an Infoständen an, kommen Sie zu Veranstaltungen oder kontaktieren Sie uns über Social Media. Kontaktieren Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten an. Sie engagieren sich ehrenamtlich für unseren Landkreis und freuen sich auf den Austausch mit Ihnen.

Mit herzlichen Grüßen

Matthias Körner

Vorsitzender der SPD im Gießener Land und

Spitzenkandidat zur Kreistagswahl 2016

Unser Selbstverständnis: Wachstum und Wandel gerecht gestalten

Die SPD im Gießener Land trägt Verantwortung

Die SPD im Landkreis ist seit 2011 Teil der Kreiskoalition und gestaltet gemeinsam mit unserer erstmalig 2009 gewählten Landrätin Anita Schneider als stärkste politische Kraft im Kreistag Gießen maßgeblich die Kreispolitik mit. Diese Zeit war durch teils turbulente, überregionale Entwicklungen gekennzeichnet: Die Weltfinanzkrise von 2007/2008 und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft in Form einer globalen Rezession gehören ebenso dazu wie die über viele Jahre hinweg schwelende Krise des Euroraums. Die „Reform“ des Kommunalen Finanzausgleichs durch die Landesregierung stellt die Kommunen vor enorme finanzpolitische Herausforderungen. Außerdem bedeutet das Schuttschirmgesetz des Landes einen erheblichen Einschnitt in das kommunale Selbstverwaltungsrecht und engt Handlungsspielräume vor Ort ein. Die sich seit vergangenem Jahr zuspitzende Situation mit der Zuwanderung von vor Krieg und Elend fliehenden Menschen stellt unseren Landkreis und die Kreiskommunen sicherlich vor die größte Herausforderung seit vielen, vielen Jahren.

Diese Entwicklungen haben die politische Arbeit zum Wohle der Menschen im Gießener Land nicht einfacher gemacht. Dennoch haben wir unser Handeln immer danach ausgerichtet, kommunale Gestaltungsmöglichkeiten zu erweitern und voll auszuschöpfen sowie sozialen Fehlentwicklungen, die unser Land und unsere Gesellschaft seit geraumer Zeit prägen, entgegen zu wirken.

Herausforderungen für unser Land

Deutschland ist ein überaus wohlhabendes Land. Die Wirtschaft ist robust, die Industrie stark und innovativ. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind qualifiziert und leistungsbewusst. Der Wohlstand in Deutschland ist so groß wie nie zuvor. Dennoch gibt es Entwicklungen, die die Zukunftsfähigkeit dieses Wohlstandes und seine gerechte Verteilung gefährden. Inmitten unserer reichen Gesellschaft wachsen die Unterschiede zwischen oben und unten, arm und reich, zwischen den Erfolgreichen und den Abgehängten. Die Armut von Kindern sowie Arbeitnehmern und Rentnern, die von ihrem Lohn oder ihrer Rente nicht leben können, stellt uns zunehmend vor Herausforderungen. Aber auch in der so genannten Mittelschicht wachsen der wirtschaftliche Druck und die Ängste vor dem sozialen Abstieg.

Kommunen haben Schlüsselrolle bei Bewältigung der Herausforderungen

Diese Herausforderungen für unser Land und unsere Gesellschaft lassen sich nicht länger leugnen. Um den Wohlstand und die Qualität des Wachstums in Deutschland zu sichern, müssen wir enorme Kraftanstrengungen unternehmen. Wir müssen massiv in Bildung und öffentliche Infrastruktur investieren und die Finanzierung der Energiewende stemmen. Es gilt für uns den demografischen Wandel zu bewältigen sowie in sozialen Wohnungsbau zu investieren. Außerdem müssen wir Wege und Mittel finden, um der drohenden Altersarmut für weite Bevölkerungsschichten entgegen zu treten. Und: Die Beseitigung des prekären Niedriglohnssektors sowie die Herstellung von gleicher Entlohnung für Frauen und Männer sind unaufschiebbare Aufgaben, wenn wir den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken wollen. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Weitere Initiativen in diese Richtung wird es nur mit der Sozialdemokratie geben.

Unser Verständnis von Kommune und Kommunalpolitik

Viele dieser Herausforderungen und Probleme können nicht in Brüssel, Berlin oder Wiesbaden angegangen werden. Vielmehr liegt der Schlüssel zu ihrer Lösung vor Ort, auf der kommunalen Ebene. Denn eine Vielzahl der Fragen, die die Menschen umtreiben, wird von der Kommune beantwortet. Wie bekomme ich eine angemessene Kinderbetreuung? Sind die Schulen meiner Kinder gut ausgestattet? Bleibt die Miete bezahlbar? Ist die ÖPNV-Anbindung gut? Kann ich wohnortnah einen Arbeitsplatz bekommen? Was für Qualifikationsangebote für Erwerbslose werden geboten? Werden wir im Alter Angebote für generationengerechtes Wohnen vorfinden?

Deshalb bleibt die Kommunalpolitik für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von anderer Bedeutung als die Politik der Landes-, Bundes- oder Europaebene. Denn Kommunalpolitik ist immer wieder neu Politik zum Anfassen. Sie lebt vom Vertrauen, das die Menschen gewinnen. Sie ist unmittelbar und muss sich stellen. Sie kann sich nicht den täglichen Sorgen und Nöten der Menschen entziehen. Sie ist offen. Noch mehr: Sie benötigt die Einmischung der Vielen, ohne deren Kraft und Phantasie das gemeinsame Projekt niemals gelingen kann. Für die Sozialdemokratie sind Landkreis und Kommune deshalb mehr als nur eine von mehreren zur Auswahl stehenden politischen Wirkungsebenen. Lokal verantwortlich zu handeln, ist Stärke und Gestaltungsprinzip unserer Politik. Denn in lebendiger kommunaler

Demokratie können Bürgerinnen und Bürger über konkrete Projekte mitentscheiden, sich an ihrer Umsetzung beteiligen und von ihren Ergebnissen profitieren.

Land Hessen muss Kommunen stärken

Kommunalpolitik, in diesem Sinne verstanden und gelebt, erfordert eine solide finanzielle Ausstattung der Kommunen. Ihre finanzielle Handlungsfähigkeit darf nicht gefährdet werden. Denn der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden entscheiden sich in den Kommunen: Das gilt für große Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Bewältigung des demografischen Wandels, den sozialen Wohnungsbau oder die Aufnahme von Flüchtlingen. Dabei steht und fällt die kommunale Handlungsfähigkeit mit den finanziellen Rahmenbedingungen, die ihnen gerade vom Land Hessen vorgegeben werden. Diese sind in Hessen besonders schlecht: Laut Bundesamt für Statistik weisen Hessens Kommunen im Vergleich aller Flächenländer besonders hohe Verschuldungsstände auf.

Das zeigt: Hessen lässt seine Kommunen zusehends im Regen stehen. Mehr noch: Der neue kommunale Finanzausgleich verlagert die Finanzierung der Landkreise noch stärker auf die Städte und Gemeinden und führt deshalb in Zukunft zu erheblichen Interessenskonflikten. Daher fordern wir eine erneute Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen des kommunalen Finanzausgleichs, welcher die Finanzbeziehung zwischen Land und Kommunen einerseits sowie finanzstarken und finanzschwachen Kommunen andererseits regelt. Finanzschwache Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre kommunale Selbstverwaltung angemessen wahrnehmen zu können. Außerdem muss das Land Hessen seine zurückliegenden, rechtswidrigen Entnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 1,8 Milliarden Euro rückgängig machen und in die kommunale Finanzausstattung zurückführen. Zudem muss die Landesregierung die finanzpolitischen Fesseln, die sie den so genannten Schutzschirmkommunen auferlegt hat, im Zuge der kommunalen Anstrengungen zur menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen, endlich lockern.

Die SPD hat kommunale Handlungsspielräume geschaffen

Die Auswirkungen des Politikversagens in Wiesbaden liegen auf der Hand: Es fehlt den Kommunen und Landkreisen eine ausreichende Finanzausstattung, um ihre Pflichtaufgaben zu erledigen. Hohe Defizite, insbesondere hohe Kassenkredite, sind die Folge. Trotz aller Widrigkeiten aus Wiesbaden – wir haben als SPD im Gießener Land unsere Hausaufgaben

gemacht, um uns in der Verwaltung effizienter und sparsamer aufzustellen. Wir haben uns der Haushaltskonsolidierung und einer schonungslosen Aufgabenkritik gestellt und auch dank der Mitarbeit und Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung eine Menge bewegt. Wir haben auch gezielt die interkommunale Zusammenarbeit gesucht und wichtige interkommunale Projekte zwischen Kreiskommunen und Kreis wie zum Beispiel im Bereich der Breitbandversorgung, des Brandschutzes oder der medizinischen Versorgung umgesetzt. Das hat nicht nur Finanzmittel eingespart, sondern auch für alle Beteiligten bessere Resultate eingebracht als etwaige Alleingänge.

Das Ergebnis dieser Anstrengungen kann sich sehen lassen. Die Entwicklung des Haushaltes spricht hier eine klare Sprache. 2010 schloss der Haushalt noch mit einem Defizit von knapp 24 Millionen Euro ab. Für den Haushalt 2015 hat die Kreiskoalition ein Defizit in Höhe von 231.000 Euro geplant.

Richtige Aufgabenschwerpunkte setzen – Weichen für die Zukunft stellen

Doch stabile Finanzen sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kein Selbstzweck. Unser Ziel war und ist es, durch intelligente Einsparungen Voraussetzungen für eine gerechte, ökologische und wachstumsorientierte Politik im Gießener Land zu schaffen. So hatte die Gründung des Eigenbetriebes „Servicebetrieb Landkreis Gießen“ und die damit verbundene Rückholung der Reinigungskräfte in ordentliche Beschäftigungsverhältnisse beim Landkreis nicht nur eine soziale Komponente, sondern hat die Kosten in hohem Maße transparenter und steuerbarer gemacht. Die Rücknahme der in der alten Koalition vorgenommenen Privatisierung hat damit finanz- und sozialpolitische Ziele zugleich verwirklicht.

Wir haben trotz aller finanziellen Einschränkungen die vorhandenen Mittel effektiv und kreativ genutzt, um unsere politischen Ziele umzusetzen und die kommunale Daseinsvorsorge in der erforderlichen Qualität zu gestalten. Unser finanzpolitisches Credo dabei: Unnötige Ausgaben kürzen und streichen, um nötige Ausgaben, wenn erforderlich nicht nur zu erhalten, sondern auch zu erhöhen. Deshalb haben wir unsere Anstrengungen auf die Gestaltung und Gewinnung der Zukunft konzentriert: die Ausstattung unserer Schulen, die Ausweitung frühkindlicher Betreuung, die Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik für Ungelernte oder Jugendliche, die Weiterarbeit an der Bewältigung der Energiewende und der Erhalt und Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur in unserem Landkreis.

Gute Lebensverhältnisse im ganzen Gießener Land

Mit unserer Politik hatten und haben wir auch den ländlichen Raum stets im Blick. Die Schaffung beziehungsweise der Erhalt guter Lebensverhältnisse im ganzen Gießener Land ist ein zentraler Bestandteil des Selbstverständnisses der SPD im Landkreis. Ob im Bereich Breitbandversorgung, bei der Tourismusförderung, dem Erhalt wohnortnaher Schulangebote, der Sicherung unseres ÖPNV-Netzes, der Sicherung und Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze in Gewerbe, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft und Handel oder der Förderung ehrenamtlicher Strukturen – Politik mit und für den ländlichen Raum ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Leitbild kommunalpolitischen Handelns.

Dabei wissen wir, dass gerade in der jüngsten Vergangenheit einige Entwicklungen das soziale und wirtschaftliche Auseinanderdriften im Gießener Land befördert hätten, wenn intelligent gestaltete sozialdemokratische Kommunalpolitik in Städten, Gemeinden und im Landkreis dem nicht entgegen gewirkt hätte und wirken würde.

Wachstum und Wandel gerecht gestalten

Wir wissen, dass sich das Gießener Land seit einigen Jahren in einem steten Wandel befindet. Viele Kommunen in unserem Landkreis erleben derzeit einen regelrechten Boom und damit zusammenhängenden Zuzug. Dieses Wachstum ist gut und hilft dem Gießener Land insgesamt. Aber dennoch wirft dieser Wandel Fragen auf und verschärft zum einen bereits bestehende Probleme in den boomenden Kommunen wie die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen oder erschwinglichen Wohnraum. Zum anderen gefährdet er auch die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse im Gießener Land: Gerade Kommunen im ländlichen Raum drohen noch stärker abgehängt zu werden.

Wir als SPD im Gießener Land wollen uns dieser Herausforderung stellen und durch eine intelligente Kommunalpolitik dieses Wachstum und diesen Wandel gerecht gestalten. Wir werden durch unsere Politik, die den Menschen mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt und den Schwerpunkt des politischen Handelns auf die Herausforderungen der Zukunft setzt, dazu beitragen, dass die stattfindenden Veränderungen Zukunft gewinnen helfen.

Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik: Menschen befähigen, Wirtschaft stärken, Wohlstand schaffen

Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik

Die Teilhabe an der Gesellschaft und eine Lebensführung nach den eigenen Vorstellungen sind eng mit der Chance auf erfüllende und gerecht entlohnte Arbeit verknüpft. Deshalb steht für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt unserer Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik. Unsere Politik hat daher zum einen die Förderung sowie Stärkung der Fähigkeiten und Fertigkeiten des Einzelnen zum Ziel.

Zum anderen arbeiten wir ständig an der Sicherung bestehender beziehungsweise Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Qualifizierung von Menschen, die Wirtschaftsförderung, die Förderung von Unternehmensgründungen, die Stärkung des Gießener Landes als Wissensregion, die Forcierung der Energiewende, der Ausbau des schnellen Internets und die gezielte Förderung des Tourismus sind Kerninstrumente unserer Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik als SPD im Gießener Land. Dabei knüpfen wir an den Stärken unseres Landkreises an. Zugleich versuchen wir unsere Region auf die ökonomischen Megatrends unseres Jahrhunderts einzustellen und heute die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu stellen.

Die wirtschaftliche Struktur unseres Landkreises bietet viele Chancen

Der Landkreis Gießen zeichnet sich durch eine vielfältige Wirtschaftsstruktur aus. Die Justus-Liebig-Universität und die Technische Hochschule Mittelhessen stehen für Innovation und technologische Entwicklung. Ebenso das Fraunhofer Institut für Molekularbiologie und Angewandte Oekologie IME. Die Arbeit des Transferzentrums TransMit befördert die ökonomische Nutzbarkeit der an den beiden Hochschulen erarbeiteten Patente. Unser Ziel ist, dass diese Patente auch in der Region eingesetzt werden, um Innovationskraft und Wertschöpfung im Gießener Land zu stärken. Auch deshalb werden Ausgründungen aus der Hochschule durch Einrichtungen wie dem Technologie- und Innovationszentrum Gießen (TIG), bei welchem der Landkreis Gesellschafter ist, gefördert.

In der gewerblichen Wirtschaft dominiert das verarbeitende Gewerbe. Die industrielle Struktur ist geprägt von einem Branchenmix, wobei der Maschinenbau und die Metall- und Elektroindustrie dominieren, während die Medizin- und Pharmaindustrie hohe

Wachstumsraten aufweisen. Die Wirtschaft ist stark durch kleinere und mittlere Betriebe geprägt, von denen einige weltweit agieren. Die Zunahme des Tourismus hat zu einem Wachstum im Hotel- und Gaststättengewerbe beigetragen. Von hohem Vorteil für den Landkreis ist seine Lage mitten in Hessen und mitten in Deutschland mit bester Anbindung an das Bundesautobahn- und Schienennetz.

Leitbild unserer Beschäftigungspolitik: Hilfe zur Selbsthilfe

Die SPD im Gießener Land hat immer den strukturellen und wirtschaftlichen Wandel gestaltet und dabei die kommunalpolitischen Handlungsmöglichkeiten voll ausgeschöpft. Das gilt für den industriellen Strukturwandel der 1980er Jahre, den globalisierungsbedingten Wandel der 1990er Jahre und auch für den in den 2000er Jahren einsetzenden demografischen Wandel. Dabei ist es für uns gute Tradition den Menschen das Rüstzeug in die Hand zu geben, um sich auf sich wandelnde Verhältnisse einzustellen: Hilfe zur Selbsthilfe war und ist das Leitbild unserer kommunalen Beschäftigungspolitik. An diesem Leitbild haben wir uns auch in den vergangenen Jahren während unserer Verantwortung in der Kreiskoalition orientiert und viele Initiativen und Maßnahmen auf den Weg gebracht:

- Unter dem Leitbild „Keiner geht verloren“ haben wir die Übergänge von Schule und Beruf in den Blick genommen. An fünf weiterführenden Schulen wurde die erweiterte Berufsorientierung eingeführt.
- Wir haben Angebote für junge Menschen geschaffen, die nach dem Verlassen der Schule noch keine berufliche Perspektive haben. Im Ausbildungscamp der ZAUG gGmbH können sie unter Anleitung und individueller Betreuung eine berufliche Perspektive für sich finden: Hier werden sie fit für Bewerbungen gemacht.
- Mit der Werkstatt Zukunft haben wir ein beschäftigungspolitisches Instrument etabliert, das jungen Menschen ein Jahr Zeit gibt, sich zu erproben, Praktika zu absolvieren und ihre Kompetenzen und Neigungen zu finden.
- Die Ausbildung in Betrieben hat für uns Vorrang. Darüberhinaus kommt Einrichtungen wie der ZAUG, der Jugendwerkstatt oder der Gesellschaft für Integration, Jugend und Berufsausbildung (IJB) eine zentrale Rolle in unserer Beschäftigungspolitik zu. Durch sie bieten wir jungen Menschen die Chance auf einen Ausbildungsplatz. Dies tun wir nach Bedarf und in Absprache mit dem Job Center.
- Wir haben für langzeitarbeitslose Menschen hessenweit einzigartige so genannte Förderketten aufgebaut. Damit unterstützt der Landkreis Angebote, in denen die

Betroffenen lernen, wieder zu einer Tagesstruktur zu kommen und Zutrauen und Selbstvertrauen aufbauen. Werden diese Maßnahmen erfolgreich abgeschlossen, so bietet das Job Center weitere Qualifizierungsmaßnahmen an.

- Wir unterstützen kleine und mittelständische Unternehmen, wenn es um Fragen zur Mitarbeiterqualifizierung geht. Der Qualifizierungsbeauftragte steht den Betrieben mit Rat und Tat zur Seite. Die Arbeit des Qualifizierungsbeauftragten hat zudem dazu beigetragen, dass sich Netzwerke zwischen Unternehmen bilden konnten, über die sowohl Austausch, als auch die gegenseitige Unterstützung gefördert werden.
- In diesem vom Landkreis aufgebauten Netzwerk der Bildung und Qualifizierung übernimmt auch die Kreisvolkshochschule eine zunehmend zentrale Rolle im Bereich der beruflichen Fortbildung. Sie bietet ein breites Spektrum an Weiterbildungsangeboten, das allen Bürgerinnen und Bürger offen steht.
- Gemeinsam mit dem Lahn-Dill-Kreis haben wir das durch Bundesmittel finanzierte Netzwerk Nachqualifizierung initiiert. Sein Ziel ist die Weiterqualifikation von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Berufsabschluss. Entwickelt wurden bisher beispielsweise Nachqualifizierungen zum Zerspanungsmechaniker oder Altenpflegehelfer.
- Nach dem Auslaufen der Förderphase des Bundes konnte die Nachqualifizierungsberatungsstelle Gießen als eine der hessischen Leitstellen für Nachqualifizierung bei der ZAUG in Gießen installiert werden. Von Gießen aus findet eine mobile Beratung in ganz Mittelhessen statt.

Zukunft gewinnen durch eine integrierte Arbeitsmarkt- und Ausbildungsstrategie

Wir machen uns stark für Arbeitsplätze, Ausbildung und Beschäftigung. Unsere Politik findet Anerkennung: So steht der Landkreis Gießen in der Bewertung beim Thema Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik im oberen Fünftel aller deutschen Landkreise. Und noch sehr viel wichtiger: Tausende von Menschen haben von unserer Politik profitiert. Sie haben Arbeit oder einen Ausbildungsplatz gefunden, ihren Berufsabschluss nachgeholt oder sich weitergebildet.

Dennoch sind diese Erfolge für uns kein Grund sich mit dem Status quo zufrieden zu geben. Noch immer sind viel zu viele Menschen im Gießener Land erwerbslos – unter anderem, weil ihnen die notwendigen beruflichen Qualifikationen fehlen. Mit diesem Zustand können sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zufrieden geben. Deshalb haben wir mit der

Erarbeitung einer ganzheitlichen Arbeitsmarkt- und Ausbildungsstrategie für den Landkreis Gießen begonnen. Hierzu wollen wir die Handlungsfelder Bildung und Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Demografie stärker aufeinander abstimmen und verzahnen.

Die Kerninstrumente unserer Arbeitsmarkt- und Ausbildungsstrategie

Durch die stärkere schulische Förderung benachteiligter Jugendlicher wollen wir den Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss senken und bestehende Hilfen bei der Berufsorientierung stärker miteinander verzahnen. Außerdem wollen wir die Bereitschaft zur Schaffung von Ausbildungsplätzen durch die Stärkung betrieblicher Ausbildungsverbände steigern. Bei unserer Arbeitsmarktpolitik werden wir bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, der Steigerung der Frauenerwerbsquote und der Nachqualifizierung Schwerpunkte setzen. In unserer Standortpolitik werden wir unsere Anstrengungen auf die Ansiedlung neuer beziehungsweise den Erhalt bestehender Betriebe richten und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Situation im ländlichen Raum legen. Außerdem wollen wir wissens- und technologiebasierte Existenzgründungen sowie die Ansiedlung innovativer Unternehmen und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen vorantreiben. Dabei wollen wir insbesondere erreichen, dass Patente und Innovationen aus Gießener Hochschulen zur Unternehmensgründung im Gießener Land führen.

Bei der Umsetzung unserer Maßnahmen werden wir alle relevanten regionalen Akteure miteinbeziehen. Denn nur eine gemeinsame Strategie für den Landkreis sichert eine hohe Wirkung im Sinne der Menschen und ermöglicht es, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen.

Wirtschaftsförderung: Kommunale Kooperation zur Stärkung unserer Unternehmen

Die gute Vermarktung des Landkreises Gießen als Unternehmensstandort zeigt sich insbesondere bei einem Blick auf die Gewerbeflächen. Viele Städte und Gemeinden verfügen über keine freien Flächen mehr. In interkommunaler Zusammenarbeit entwickeln einige Kommunen derzeit neue Gewerbeflächen, unterstützt durch den Landkreis Gießen. Diese erfolgreiche Vorgehensweise gilt es auszubauen. Die Ansiedlung von Gewerbetreibenden ist eine kommunale Aufgabe und soll es auch bleiben. Die Wirtschaftsförderung des Landkreises Gießen unterstützt die Städte und Gemeinden in allen Phasen der Unternehmensansiedlung und der Pflege der Bestandsunternehmen: Von der Suche nach geeigneten Fördermitteln über die Unterstützung bei Genehmigungsverfahren bis hin zur überregionalen Vermarktung des Kreises, wie zum Beispiel bei der internationalen Immobilienmesse ExpoReal oder gegenüber den Wirtschaftsförderungen von Bund und Ländern.

Einen zentralen Ansprechpartner sowie gebündelte, klare Strukturen: Das wünschen sich Unternehmerinnen und Unternehmer in Sachen kommunaler Wirtschaftsförderung. Die enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderungen des Landkreises und der Stadt Gießen führte zu einer Reihe von Angeboten an Unternehmerinnen und Unternehmer, an denen eine Vielzahl weiterer Partner beteiligt sind – vom Technologie- und Innovationszentrum Gießen (TIG) über die Kreishandwerkerschaft, die Industrie- und Handelskammer, die Hochschulen bis hin zu den regionalen Kreditinstituten, dem Regionalmanagement Mittelhessen und der Hessen-Agentur. Gebündelte, passgenaue und erfolgreiche Angebote an die Wirtschaft sind das Ergebnis einer professionellen Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit aller relevanten Institutionen. Der Landkreis Gießen ist in der Wirtschaftsförderung gut aufgestellt. Weitere Einrichtungen wie eine Wirtschaftsförderungs-GmbH führten zwangsläufig zu unübersichtlichen Parallelangeboten und belasteten Kommunen und Landkreis ohne erkennbaren Nutzen.

Unternehmensgründungen und Innovationen fördern

Wir haben uns dafür eingesetzt, die Region als Wissens- und Wirtschaftsregion weiter zu profilieren und die Standortvorteile herauszustellen. Mit den Angeboten zur Gründerberatung haben wir die Umsetzung von hochschulischem Wissen in konkrete Arbeitsplätze erleichtert. Neben der Existenzgründerberatung gibt es ein breitgefächertes Angebot für Unternehmer zu Fragen rund um die Unternehmensführung. Die Potentiale, die uns unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen bieten, wollen wir weiter nutzen und den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fördern.

Der Ausbau der Gründerkultur gehört zu unseren vorrangigen Zielen bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Gießener Landes. Hier gilt es, das Potential der zwei Gießener Hochschulen auch für Unternehmensgründungen zu nutzen. Gründerinnen und Gründer finden heute bereits ein breites Angebot an Unterstützung. Der Gießener Gründertag, 2014 ins Leben gerufen, lockte auch 2015 rund 100 Gründerinnen und Gründer sowie Jungunternehmerinnen und –unternehmer an. Mit dem Veranstaltungsformat „TIG akademie“ haben der Landkreis Gießen und das Technologie- und Innovationszentrum Gießen eine Reihe von Informationsabenden und Workshops für junge Unternehmen entwickelt. Der seit Sommer 2015 einmal monatlich stattfindende Gründerstammtisch lädt in lockerer Atmosphäre zum gegenseitigen Austausch ein. Gemeinsam mit den Hochschulen werden derzeit Ansätze entwickelt, hoch innovative Unternehmensgründungen voranzutreiben.

Auch der ländliche Raum bietet für Unternehmensgründungen ein attraktives Umfeld: Niedrige Grundstücks- und Mietpreise, Wohnen und Arbeiten in nächster Nähe. Mit dem erfolgreichen Breitbandausbau ist sehr bald in weiten Teilen des Gießener Landes schnelles Internet verfügbar. Aufgabe ist es jetzt, gemeinsam mit den Kommunen die gewerbliche Ansiedlung im ländlichen Raum voranzutreiben.

Die Wirtschaftsförderung des Landkreises Gießen steht Gründerinnen und Gründern als Lotse zur Verfügung. Diese Dienstleistung wird künftig als Pflichtaufgabe im Rahmen der Auditierung der Kreisverwaltung als mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung festgeschrieben.

Innovation und Nachhaltigkeit sind zwei Erfolgsfaktoren unseres regionalen Mittelstandes. Wissens- und Technologievorsprung sind entscheidende Ergebnisse der Innovationskultur im Unternehmen. Informationsvorsprung hilft dabei, erfolgreich Fördermittel zu akquirieren oder in kürzester Zeit einen geeigneten Hochschulpartner für Forschung und Entwicklung zu finden. Hier muss die Wirtschaftsförderung den Unternehmen mit gut aufbereiteter Information zur Seite stehen.

Lebenslanges Lernen ist Pflichtaufgabe für erfolgreiche Unternehmer. In Kooperation mit zahlreichen Partnern wie der Wirtschaftsförderung der Stadt Gießen, dem Technologie- und Innovationszentrum sowie Fachinstitutionen bietet der Landkreis Gießen ein breites Spektrum an Informationsveranstaltungen, Seminaren und Workshops an: von der Einführung in das Management über Marketing-Seminare bis zu Neuerungen in technischen Richtlinien und Normen. Die meisten Veranstaltungen sind für Unternehmerinnen und Unternehmer kostenfrei.

Forschung und Entwicklung sind Voraussetzung für marktfähige Innovationen. Hochschulen als Innovationsmotoren stehen den Unternehmen dabei zur Seite. Die Wirtschaftsförderung des Landkreises Gießen unterstützt Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Hochschulpartnern und Fördermitteln.

Durch den Qualifizierungsbeauftragten des Landkreises wird sichergestellt, dass insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen über das Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebot informiert sind und ihnen Wege zur Annahme dieser Angebote erschlossen werden.

Schnelle Reaktions- und Genehmigungszeiten sowie die Minimierung bürokratischer Hürden sind für uns ein wichtiges Instrument unserer Unternehmens- und Gründerpolitik. Die

Kreisverwaltung hat inzwischen ein TÜV-Zertifikat als „Mittelstandsfreundliche Verwaltung“ erhalten. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Außerdem werden wir die Verwaltung noch weiter zu einem One-Stop-Shop für Unternehmen und für Gründer ausbauen.

Die regionale Wirtschaft durch Tourismusförderung weiter voranbringen

Die abwechslungsreiche Kulturlandschaft, das attraktive Flusstal der Lahn und die Mittelgebirgsanteile sind hervorragend für den klassischen Aktivtourismus wie Wandern, Radeln und Wasserwandern geeignet. Attraktive kulturelle Angebote wie der Kultursommer Mittelhessen, das Golden Oldies Festival in Wettenberg oder das „Blues, Schmus und Apfelmus“ Festival in Laubach sind nur einige der Veranstaltungen, zu denen die Besucher jetzt schon von weit her anreisen. Das Stadttheater, das Mathematikum, das Kulturkino Traumstern, das historische UNESCO-Weltkulturerbe Limes, der Dünsberg mit dem Keltentor, das Museum KeltenKeller, das Museum im Spital Grünberg oder das Holz-Technik-Museum sind weit über die Kreisgrenzen hinaus wirkende Anziehungspunkte.

In den letzten Jahren wurden diese Potentiale durch den Ausbau der touristischen Infrastruktur systematisch weiterentwickelt und genutzt. Nicht nur das Paddeln auf der Lahn ist sehr gefragt. Der Lahnradweg gehört zu den zehn beliebtesten Radwegen Deutschlands. Der 2012 eröffnete Lahnwanderweg mit der Kelten-Römer-Schleife schaffte es bereits in diesem Jahr unter die ersten drei beliebtesten Wanderwege Deutschlands. Am Taunusrand wurde bei Cleeburg der neue Panoramarundweg fertiggestellt. Gemeinsam mit dem Zweckverband Naturpark Taunus arbeiten wir an der Schaffung weiterer Wanderwege im Bereich zwischen Oberkleen, Niederkleen und Dornholzhausen. Die Aktivitäten sozialdemokratischer Tourismusförderung sind auf den sanften Tourismus ausgerichtet und stärken auch die Naherholung. Und sie fördern das wirtschaftliche Wachstum in unserem Landkreis. Das wird unter anderem auch an den Ankunfts- und Übernachtungszahlen deutlich. So stieg der Bruttoumsatz durch Tagesgäste und Übernachtungsgäste im Landkreis Gießen zwischen 2010 und 2014 um knapp 15 Prozent.

Durch die Arbeit der Stabstelle für Wirtschaftsförderung und Tourismus gelingt es uns in hervorragendem Maße die kulturellen und touristischen Angebote im Gießener Land bekannt zu machen. Um die vorhandenen Angebote überregional noch bekannter zu machen und zu vermarkten, ist der Landkreis Gießen Mitglied im Lahntourismusverband sowie in der Region Vogelsberg Touristik GmbH. Um die Wirksamkeit dieser Initiativen weiter zu erhöhen ist neben der aktiven Beteiligung des Kreises auch die der Kommunen nötig und wichtig. Seit

vielen Jahren arbeitet die touristische Arbeitsgemeinschaft Gießer Land erfolgreich und eng mit der Kreisverwaltung zusammen. Nach diesem Vorbild wurde mit finanzieller Unterstützung des Landkreises eine weitere touristische Arbeitsgemeinschaft mit den Städten Hungen, Laubach, Lich und Grünberg gegründet. Wir werden die Gründung einer weiteren touristischen Arbeitsgemeinschaft im Lumdatal unterstützen. Durch gezielte Maßnahmen soll zudem erreicht werden, dass zunehmend mehr Übernachtungsgäste unseren Landkreis besuchen. Der Förderschwerpunkt soll hierbei im Bereich der Beherbergungen, Hotellerie und Gastronomie liegen. Ebenso wollen wir ein umfassendes Radwegkonzept für das Gießener Land vorlegen. Ein erstes Ergebnis in Form einer aktuellen Radwanderkarte liegt bereits vor.

Schnelles Internet und Breitbandausbau machen den Landkreis fit für die Digitale Revolution

Unser Landkreis gehört beim Breitbandausbau zu den führenden Regionen in Hessen. Hieran hat die von Landrätin Anita Schneider initiierte und von der SPD unterstützte Breitband GmbH einen maßgeblichen Anteil. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Landkreis in Zusammenarbeit mit den noch nicht erschlossenen Kommunen flächendeckend mit schnellen Internetverbindungen versehen wird. Damit werden wir unsere Region auf den digitalen Wandel vorbereiten und die Voraussetzungen für die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen. Denn das Breitbandnetz ist die Eisenbahn des 21. Jahrhunderts: Schnellem Internet kommt heute jene wirtschaftliche Bedeutung zu, die im 19. Jahrhundert der Erschließung von Verkehrswegen durch die Eisenbahn zugekommen ist. Die Breitbandinitiative, getragen vom Landkreis und einer Reihe von Kreiskommunen, haben wir zu einem Zeitpunkt angestoßen als kein privates Unternehmen in den Breitbandausbau investieren wollte. Sie ist somit ein gutes Beispiel dafür, wie viel Bedeutung kommunalen und öffentlichen Investitionen bei Ausbau und Erhalt unserer ökonomisch relevanten Infrastruktur zukommt.

Durch die Breitbandinitiative wird moderne und für die wirtschaftliche Entwicklung absolut notwendige Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Damit haben wir die besten Voraussetzungen für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort geschaffen. Das Gießener Land kann dadurch die enormen Potentiale der vierten industriellen Revolution nutzen. Durch die zunehmende Digitalisierung beziehungsweise Breitbandversorgung im Gießener Land eröffnen sich Chancen für neue Arbeitsplätze. Zum einen werden die Arbeitsplätze durch die Entkoppelung von Wertschöpfungsketten flexibler und begünstigen Arbeitsplätze auf dem Land, zum anderen entstehen neue Dienstleistungen und damit auch weitere Arbeitsplätze. Gleichzeitig werden sich die Anforderungen an die Fort- und Weiterbildung von Fachkräften verändern. Schnelle Anpassungen an diese Bedarfe – in Zusammenarbeit auch mit unseren

Bildungseinrichtungen und Hochschulen – kann zu einem Alleinstellungsmerkmal für unsere Region führen.

Energiepolitik: Energiewende dezentral und bezahlbar gestalten, Wertschöpfung vor Ort schaffen

Es gibt keine Alternative zur Energiewende

Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts für die Menschheit. Gelingt es uns nicht die Nutzung fossiler Brennstoffe zu ersetzen, gefährden wir die Lebensgrundlage für Milliarden von Menschen.

Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar, dass Atomenergie keine Alternative zur Nutzung fossiler Brennstoffe sein kann. Wir wissen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf Dauer nur durch die Nutzung Erneuerbarer Energien gelingen kann. Deshalb ist die Umsetzung der Energiewende eine der Triebfedern unseres politischen Handelns.

Auch wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung die 1999 unter Rot-Grün eingeleitete Energiewende stoppen wollte und erst im Zuge der Fukushima-Krise endgültig ihr Atomenergie-Dogma aufgegeben hat: Die Erkenntnis, dass die Energiewende alternativlos ist, ist mittlerweile gesellschaftlicher Konsens geworden. Doch wie sie umgesetzt werden kann, erhitzt zum Teil erheblich die Gemüter in Deutschland.

Unser Verständnis von der Gestaltung der Energiewende

Für uns als SPD ist klar: Die Energiewende muss von einer intelligenten Energiepolitik begleitet werden, die sie dezentral und bezahlbar gestaltet, die Bürgerinnen und Bürger an ihrer Umsetzung beteiligt und die Energiewende in den regionalen Wirtschaftskreislauf integriert.

Für uns ist die Umstellung auf Erneuerbare Energien zum Schutz von Klima und Umwelt mindestens genau so wichtig wie die Möglichkeit Beschäftigung und Wertschöpfung vor Ort zu schaffen. Und: Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie von den Menschen mitgestaltet wird. Dieses Verständnis von Energiepolitik hat in der SPD im Gießener Land eine lange Tradition. Wir wollen nicht warten, bis auf globaler und nationaler Ebene gehandelt wird; wir wollen heute die Ärmel hochkrempeln und unseren Beitrag leisten. Wir wissen, dass viele Bürgerinnen und Bürger im Gießener Land dieses Selbstverständnis mit

uns teilen. Das erklärt auch, warum unser Landkreis hessenweit mit zu den Motoren des energiepolitischen Fortschritts gehört.

Schritt für Schritt zur Energiewende: Was wir erreicht haben

Diese Stellung unseres Landkreises spiegelt sich auch durch die vielen Projekte und Initiativen wider, die mit sozialdemokratischer Handschrift und gemeinsam mit unserer Landrätin Anita Schneider in den vergangenen Jahren aufgelegt worden sind. So hat der Kreistag im Rahmen der Energiewende im September 2011 auf Initiative der SPD-Kreistagsfraktion als Klimaschutzziel beschlossen, bis 2020 33 % der für Wärme und Strom benötigten Energie im Gießener Land durch Erneuerbare Energien bereit zu stellen. Dabei wollen wir durch dezentrale Energieproduktion wirtschaftliche Chancen schaffen und durch Bürgerbeteiligung Wertschöpfung in unserer Region halten. Dazu wurden die verschiedensten Aktivitäten und Projekte im Rahmen des neu eingerichteten Sachgebiets "Regionale Energiepolitik" in der Stabsstelle zusammen mit unserer Landrätin erarbeitet. Dazu zählen insbesondere:

- Der erfolgreiche Abschluss des Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis.
- Die Aufstellung eines kreisweiten, kommunenscharfen Wärmekatasters als erster Landkreis in Hessen überhaupt.
- Die Einrichtung eines Kreisenergiebeirates dem neben Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen auch unter anderem die Technische Hochschule Mittelhessen angehören. Aufgabe des Beirats ist es die Gremien des Landkreises fachlich zu beraten.
- Die Durchführung eines jährlichen Kreis-Energietages, auf welchem der Status unserer Energiewende vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und ihre Anregungen und Kritik für weitere Schritte eingeholt werden.
- Die Einrichtung eines Internet-Bürgerforums Energie als "Energiedialog Landkreis Gießen" mit zahlreichen registrierten Teilnehmern.
- Die Vor-Ort-Reihe "Schritt für Schritt Energiekosten senken" für kleine und mittlere Unternehmen in Kooperation mit der Qualifizierungsoffensive des Landkreises Gießen und mit Kommunen.
- Die Initiierung des Schwerpunktprojektes "Wärme für den Landkreis Gießen" bei der Bioenergieregion Mittelhessen, unter anderem auch ein Informationsangebot für Kommunen zur Schaffung von Wärmeinseln.

- Die Schaffung der Stelle eines Klimaschutzmanagers, um insbesondere auch die Städte und Gemeinden bei Fragen der Energiewende zu unterstützen (Vernetzung der Akteure auf kommunaler und Kreisebene) und um Bürgerberatung anzubieten.
- Die erfolgreiche Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung in den Liegenschaften des Landkreises Gießen, vor allem in den zahlreichen Schulgebäuden, (in den vergangenen fünf Jahren konnten Einsparungen in Höhe von 25 Prozent vorgenommen werden).
- Die Zusammenarbeit mit Kreiskommunen für das Programm "Energieeffizienz in der Dorferneuerung" im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten LEADER-Programms.
- Die aktive Mitgliedschaft des Landkreises im "KompetenzNetz UmweltTechnologien (KNUT) durch Kooperation mit der Technischen Hochschule Mittelhessen, der Justus-Liebig-Universität und Unternehmen zur gemeinsamen Entwicklung von Prozessen und Technologien zum Energiesparen und zur Erhöhung der Energieeffizienz.

Die SPD hat sich in den vergangenen Jahren während ihrer Verantwortung in der Kreiskoalition immer wieder für die Energiewende stark gemacht. Wir mussten aber leider auch zu häufig feststellen, dass gerade Gesetze auf Landesebene uns hierbei immer wieder Steine in den Weg legen. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, diese Hemmnisse zu beseitigen. Dazu gehört, dass die wirtschaftliche Betätigung für Kommunen weiter erleichtert wird. Außerdem müssen energiepolitische Anstrengungen im Mechanismus des kommunalen Finanzausgleichs stärker berücksichtigt werden.

Schritt für Schritt zur Energiewende: Was wir noch vorhaben

Die Vorteile der Energiewende wie globaler Klimaschutz, lokale Emissionsminderungen, zukunftsfähige und langfristig bezahlbare Energie oder regionale Wertschöpfung in Form der Erweiterung der Tätigkeitsfelder für regionale Industrie und Handwerk können nur zum Tragen kommen, wenn der Prozess mit Elan fortgesetzt wird. Die SPD im Kreistag Gießen wird sich dafür einsetzen, die im Kreis vorhandenen Potentiale möglichst aller Erneuerbaren Energien nutzbar zu machen (neben Wind, Sonne und Biomasse/Biogas vor allem Kleinwasserkraft und oberflächennahe Geothermie). Dabei müssen der Schutz von Natur und Umwelt sowie der Schutz von Anwohnern vor Beeinträchtigungen genauso Kriterien sein wie die gewünschten Vorteile der Energiewende für die Gesellschaft.

Als weitere Projekte für die kommende Wahlperiode des Kreistages ab 2016 wollen wir Folgendes anpacken:

- Die Umsetzung des Masterplans 100% Klimaschutz (Projektbeginn Sommer 2016).
- Neutrale Beratungsangebote für Hausbesitzer zusammen mit den Kreiskommunen.
- Aufbau eines Internet-Wettbewerbs "Mein Energiespartipp".
- Gewinnung weiterer Kommunen zum Ausbau der "Energieeffizienz in der Dorferneuerung".
- Nutzung von Konversions- und Deponieflächen zur Energiegewinnung.
- Ausbau von Aktionen an Schulen zu Energiesparen, Energieeffizienz, Erneuerbaren Energien ("Energiedetektive" an Schulen).
- Wir werden durch die Übertragung des kreisweiten Wärmekatasters Kreiskommunen bei dem Ausbau von Wärmenetzen unterstützen.
- Die Entwicklung eines "Qualitätsstandards für die energetische Sanierungsberatung".
- Die Initiierung zusätzlicher Weiterbildungsangebote mit verschiedenen Partnern, unter anderem auch ZAUG und Vernetzung der Akteure aus Verbänden, Unternehmen, Wissenschaft und Forschung.
- Die konsequente und wirtschaftliche Fortführung der energetischen Sanierung der kreiseigenen Schulen und der weiteren Liegenschaften und, wo möglich, Einsatz Erneuerbarer Energien wie Solarthermie, Biomasse oder oberflächennahe Geothermie.
- Die Unterstützung zur Bildung von "Energiegenossenschaften" (unter anderem innovative Beteiligungs- und Finanzierungsmodelle).
- Vergabe eines Klimaschutzpreises durch den Landkreis Gießen als Anerkennung für wegweisende Projekte von Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen und Institutionen.
- Bei der Windkraftnutzung die Begleitung der Aktivitäten der Kreiskommunen im Rahmen des Teilplans "Energie" des Regionalplans Mittelhessen im Sinne kreisweiter Koordination, der Moderation von Debatten vor Ort, wo schlussendlich derlei Entscheidungen getroffen werden sowie einer optimalen Nutzung unter schwieriger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.
- Die Elektromobilität mit Solarstrom ist ein wichtiger Baustein in einem künftigen Klimaschutzkonzept; durch Umstellung des Fahrzeugparks des Kreises und der

Kommunen sowie durch den weiteren Ausbau von Gleich- und Wechselstromtankstellen kann dazu ein wichtiger Beitrag geleistet werden.

Bildungspolitik: Chancengleichheit fördern, Teilhabe ermöglichen

Bildung muss soziale Teilhabe und sozialen Aufstieg ermöglichen

Die SPD versteht sich als Partei der sozialen Teilhabe und des sozialen Aufstiegs. Gute Bildung ist die Voraussetzung für Beides. Sie legt den Grundstein für Chancengleichheit, Selbstentfaltung und selbstbestimmtes Leben, berufliche Perspektiven sowie individuellen und gesellschaftlichen Wohlstand.

Wir wissen, dass die individuelle Entfaltung und Abrufung der Potenziale eines jeden Einzelnen dann am besten gelingt, wenn längeres gemeinsames Lernen verbunden wird mit einem Höchstmaß an individueller Förderung. Wir wollen, dass sich die Institution Schule den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen anpassen muss statt umgekehrt: Wir lehnen die Gleichmacherei von Schülerinnen und Schülern ab. Vielmehr stehen wir für ein ganzheitliches Lernen, das Theorie und Praxis in integrierten, wohnortnahen Schulen verbindet und das Kinder und Jugendliche nach ihren jeweiligen Möglichkeiten fordert und fördert.

Weitere Eckpfeiler unserer Bildungspolitik im Gießener Land

Wir wollen unsere Vorstellung einer vernetzten Schule realisieren, in der kompetente Personen und Institutionen von außerhalb mit ihren Angeboten vertreten sind. Für die Öffnung der Schule nach außen haben die örtlichen Vereine und Kommunen, aber auch überregionalen Einrichtungen eine besondere Funktion.

Zur Förderung der Schülerinnen und Schüler sollen die Einrichtung der Jugend- und Familienhilfe eng mit den Schulen zusammenarbeiten.

Gesunde Ernährung hat für die schulische Entwicklung einen hohen Stellenwert. Wir engagieren uns hier für den Ausbau von schulischen Essensangeboten und setzen uns beim Land Hessen für die Einführung eines kostenlosen Mittagessens ein.

Gleiches Engagement gilt der Bewegungsförderung als Grundlage für die physische und die kognitive Entwicklung. Hier werden wir im Rahmen des Schulbaus auf die Gestaltung von Bewegungsräumen achten. Unsere Bemühungen und die Erhaltung bestehender und die Einrichtung neuer Sportstätten werden wir verstärken.

Wir werden die Schulen darin unterstützen, dass am Ende der Sekundarstufe I jede Schülerin und jeder Schüler mit einem qualifizierten Abschluss die Schule verlässt, der den Übergang in die Berufsausbildung oder in weiterführende Schulen ermöglicht.

Die Erhaltung eines wohnortnahen Schulangebots wird angesichts des demografischen Wandels eine der zentralen Aufgaben der Zukunft. Wie in allen anderen gemeinsamen Fragen und Anliegen, streben wir auch hierbei eine enge, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und der Stadt Gießen an.

Ganztagsbetreuung sicherstellen – echte Ganztagschulen schaffen

Wer Zukunft gewinnen will, muss die Zukunft unserer Kinder gestalten. Deshalb hat der Landkreis unabhängig von der angespannten Haushaltslage entschieden, kontinuierlich Schulen zu sanieren, zu erweitern und Ganztagsbereiche zu schaffen. Denn Ganztagschulen ermöglichen individuelle Förderung für Kinder und Jugendliche und erhöhen die Chancengleichheit. Auch im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden sie zunehmend von Eltern nachgefragt. Diesen Bedarf sehend hat der Landkreis sich als Pilotstandort in Hessen für den „Pakt für den Nachmittag“ beworben und bietet derzeit in Grundschulen ein Betreuungsangebot bis 17 Uhr an. Doch der Pakt für den Nachmittag darf nicht zur Dauerlösung werden; das Land Hessen muss sich endlich seiner Verantwortung bewusst werden und in enger Abstimmung mit den Schulgemeinden die Schaffung von Ganztagschulen vorantreiben und finanzieren.

Kurze Beine, kurze Wege – Grundschulen vor Ort erhalten

Angesichts rückläufiger Schülerzahlen im Zuge des demografischen Wandels hat der Erhalt von Grundschulen vor Ort oberste Priorität für die SPD im Landkreis Gießen. Mit der Aufstellung des Schulentwicklungsplans haben wir die Weichen für eine wohnortnahe Grundschulversorgung in der Fläche gestellt.

Sozialarbeit an Schulen

Schule muss heute stärker denn je Förderleistungen erbringen und Erziehungsaufgaben übernehmen, um Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Daher haben wir als SPD den Ausbau und die Stärkung der Sozialarbeit an Schulen mit in den Mittelpunkt unserer

Bildungspolitik gestellt und viele Stellen geschaffen. Künftig wollen wir die Schulsozialarbeit mit Trägern der Sucht- und Jugendprävention vernetzen und so die Jugendlichen stärker bei der Berufsorientierung unterstützen.

Inklusion und gerechter Zugang zu Bildung

Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit müssen unabhängig von sozialer Herkunft, Muttersprache oder Behinderung gelten. Die Vielfalt unterschiedlicher Begabungen in das schulische Lernen zu integrieren und zu fördern, strebt der inklusive Unterricht an.

Inklusion ist ein Gebot der Chancengleichheit. Sie kann nur gelingen, wenn die Lehrerinnen und Lehrer sich dafür fortbilden können und neue Lehrkräfte entsprechend ausgebildet sind. Dies ist eine Landesaufgabe, die wir vom Land Hessen mit Nachdruck einfordern werden. Entscheidend für das Gelingen der Inklusion sind aber auch die materiellen Voraussetzungen vor Ort. Hier kommt dem Schulbau eine hohe Bedeutung zu. Wir werden dabei besondere Anstrengungen unternehmen, um an allen Schulen Barrierefreiheit herzustellen. Die Förderung schließt persönliche Assistenzen ein.

Wir werden für die Umsetzung der Inklusion die Bildung von kommunalen Bildungslandschaften anregen, in der alle am schulischen Geschehen beteiligten Akteure vor Ort vernetzt sind. Den Rahmen soll eine regionale Bildungslandschaft bilden, in der das Staatliche Schulamt und der Landkreis Gießen zusammenarbeiten. Dabei legen wir auf eine enge Kooperation zwischen der Stadt und dem Landkreis Gießen in allen Schulträgerangelegenheiten großen Wert.

Die inklusive Beschulung und der Ausbau von Ganztagschulen bringen einen deutlich erhöhten Verwaltungsaufwand mit sich. Unser Ziel ist es, die Schulen mit den erforderlichen Sekretariats- und Hausmeisterstellen auszustatten. Wir werden dabei das Land Hessen in die Pflicht nehmen, die Schulträger finanziell entsprechend auszustatten oder die anfallenden zusätzlichen Personalkosten direkt zu übernehmen.

Investitionen in Schulen sind Investitionen in die Zukunft

Schulgebäude und deren Ausstattung sowie die bauliche Unterhaltung müssen unablässig den sich verändernden Bedingungen und Anforderungen an die Lebens- und Berufswelt sowie pädagogischen Erfordernissen angepasst werden. Der bisherige Umfang von Investitionen muss beibehalten werden. Die von uns angestrebte und jetzt erfolgreich umgesetzte

Auslagerung der Bauunterhaltung in den Eigenbetrieb erlaubt es, sich stärker als bisher diesen Aufgaben mit hoher fachlicher Kompetenz zu widmen. Das vom Bund mit Zuschüssen und vom Land mit Darlehen geförderte Kommunal Investitionsprogramm (KIP) werden wir schwerpunktmäßig für Investitionen an Schulen im Gießener Land verwenden.

Zuwanderungs- und Integrationspolitik: Sorgen aufgreifen, Chancen nutzen, Miteinander stärken

Zuwanderung ist Teil unserer Geschichte

Einwanderung ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern fester Bestandteil unserer Gegenwart, Zukunft und auch Vergangenheit. Ob die polnische Zuwanderung im 19. Jahrhundert, die Integration der Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg, die Gastarbeiterzuwanderung in den 1950er und 1960er Jahren oder die Einwanderung der Spätaussiedler in den 1980er und 1990er Jahren - der Landkreis Gießen ist von der Einwanderungsgeschichte Deutschlands nicht unberührt geblieben. Mehr noch: Durch die Erstaufnahmestelle in Gießen und Gießens Rolle als Hochschulstandort ist die Zuwanderungsgeschichte im Gießener Land vermutlich noch bunter als im Rest der Bundesrepublik. Das zeigt sich an der Vielzahl bestehender Migrant-Communities, die Teil des Gießener Landes geworden sind und eine neue Heimat gefunden haben.

Aktuelle Zuwanderung von Flüchtlingen in unseren Landkreis

Die Gießener Erstaufnahmestelle ist auch heute mit Blick auf die aktuellen Flüchtlingsströme im Fokus der kommunalen und auch bundesdeutschen Debatten. Viele Einheimische – mit und ohne Migrationshintergrund – zeigen dabei den Flüchtlingen gegenüber eine hohe Hilfsbereitschaft. Sie machen sich aber auch Sorgen darüber, wie wir eine menschenwürdige Integration bewerkstelligen können, die den in unserem Land Schutz suchenden Menschen Zugang zu Arbeit und Bildung bietet. Für uns als SPD ist klar: Wir nehmen diese Sorgen ernst. Und wir bieten all jenen die Stirn, die aus diesen Sorgen Nutzen zu ziehen und Einheimische und Flüchtlinge gegeneinander auszuspielen versuchen.

Unser Dank gilt den vielen, vielen Ehrenamtlichen, ohne deren Hilfe und Unterstützung die Aufnahme der Flüchtlinge durch den Landkreis und die Kreiskommunen nicht in dieser Form hätte gelingen können. Gerade die Unterbringung der Menschen stellt uns vor zum Teil erhebliche Herausforderungen. Dabei war und ist uns als SPD immer klar gewesen, dass der

Landkreis die Schutz suchenden Menschen nicht in Turnhallen oder Bürgerhäusern unterbringen sollte. Zum einen wollen wir, dass das soziale Leben vor Ort möglichst reibungslos weiter geht; zum anderen kann die Integration nicht gelingen, wenn die Menschen in Massenunterkünften untergebracht werden. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass in Gemeinschaftsunterkünften nicht mehr als 55 Personen untergebracht werden und dass für allein reisende Frauen sowie unbegleitete Minderjährige besondere Unterkünfte geschaffen werden.

Zuwanderung als Chance begreifen und gestalten

Wir fassen Zuwanderung als Chance in doppelter Hinsicht auf. Zum einen können die Flüchtlinge mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen eine Bereicherung für unsere Gesellschaft sein und auch helfen, die Folgen des demografischen Wandels abzufedern. Zum anderen können wir bereits bestehende Debatten in unserem Land mit neuem Schwung führen: Schließlich sind es die Landkreise und Kommunen, die von Bund und Land mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden müssen, um auch unabhängig von den aktuellen Zuwanderungswellen bestehende Zukunftsaufgaben bewältigen zu können. Dazu gehören unter anderem eine Investitionsoffensive in den sozialen und öffentlichen Wohnungsbau, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung und der weitere quantitative und qualitative Ausbau von Kinderbetreuung sowie Bildungsangeboten in Kita, Kindergarten und Schule.

Unsere kommunale Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Wir begreifen kommunale Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe, die viele Politikbereiche abdecken muss. Durch die Schaffung der Stelle eines ehrenamtlichen Integrationsdezernenten haben wir diesem Umstand Rechnung getragen. Dirk Haas hat als Integrationsdezernent in den vergangenen Jahren wegweisende Arbeit geleistet und dabei viele Handlungsfelder abgedeckt.

Der Spracherwerb stellt die Schlüsselbedingung für die Integration von Zuwanderern dar. Deshalb haben wir den Zugang zu Sprachkursen, insbesondere durch entsprechende Angebote der Kreisvolkshochschule, für Migrantinnen und Migranten erleichtert. Hieran wollen wir festhalten. Außerdem wollen wir bei der frühkindlichen Erziehung die Eltern miteinbeziehen, um den Kindern das Erlernen der deutschen Sprache zu erleichtern. Die Beschulung von Zuwandererkindern ohne Sprachkenntnisse in so genannten DAZ (Deutsch als Zweitsprache)-

Klassen und ihre anschließende Eingliederung in Regelklassen hat sich bewährt. Wir werden diese Praxis fortsetzen.

Die politische Teilhabe von Migrantinnen und Migranten ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Integration gelingen kann. Wir treten daher für das kommunale Wahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger ein und wollen, dass der Ungleichbehandlung zwischen EU-Bürgerinnen und Bürgern und Menschen aus Nicht-EU-Staaten ein Ende gesetzt wird.

Bei der Verwirklichung politischer Teilhabe von Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit leistet der Kreisausländerbeirat in unserem Landkreis bereits seit Jahrzehnten eine vorbildhafte Arbeit. Wir werden ihn in seiner Tätigkeit weiter aktiv unterstützen.

Wir wollen den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Verwaltung schrittweise erhöhen. Langfristig sollte er die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln. Die interkulturelle Kompetenz in der kommunalen Verwaltung und den kommunalen Gremien wollen wir durch entsprechende Weiterbildungsangebote fördern. Hierzu wollen wir auf dem Projekt „Vielfalt leben und gestalten“, das der Landkreis mit der Technischen Hochschule Mittelhessen durchführt, aufsetzen.

Wir wollen den Zugang von Menschen mit Migrationshintergrund in Vereine und in die klassischen Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements fördern. Vereine und Selbstorganisationen von Migranten wollen wir stärken und ihre Vernetzung mit anderen Vereinen unterstützen.

Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sind zu oft von doppelter Diskriminierung betroffen. Wir wollen eine Berufs- und Qualifizierungsberatung für junge Frauen mit Migrationshintergrund sowie deren besondere Förderung durch Aus- und Weiterbildung. Außerdem brauchen wir ein Beratungsangebot für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind.

Die Zahl von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund nimmt stetig zu. Wir wollen, dass Altenhilfeeinrichtungen interkulturell geöffnet werden.

Frauenpolitik: Die Verwirklichung der Gleichberechtigung ist eine dauernde Aufgabe

Trotz der Fortschritte, die unsere Gesellschaft bei der Gleichstellung von Frauen erreicht hat, sind Benachteiligung, Schlechterstellung und Diskriminierung von Frauen noch immer gang und gäbe. Frauen werden häufig schlechter bezahlt und erhalten in vielen Fällen für die gleiche Arbeit bis zu einem Fünftel weniger Lohn oder Gehalt und haben zudem geringere Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf. Frauen tragen immer noch den größten Anteil an Hausarbeit und Kindererziehung und scheiden meistens für mehrere Jahre aus dem Erwerbsleben aus, da die bestehenden Strukturen in Arbeitswelt und Gesellschaft die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschweren oder gar verhindern. Zwei Drittel aller von Armut betroffener Menschen in unserem Land sind Frauen, häufig alleinlebend oder alleinerziehend. Zudem sind Frauen überwiegend von Altersarmut betroffen. Und noch immer werden Frauen zu oft Opfer männlicher Gewalt.

Politik, die die Gleichberechtigung zum Ziel hat und strukturelle Benachteiligungen für Frauen aus dem Weg räumen will, muss als Querschnittsaufgabe aufgefasst werden. Sie betrifft neben der Frauenförderung im engeren Sinne viele weitere Felder wie Arbeit, Bildung oder Gesundheit und dabei insbesondere die frauengerechte Ausgestaltung beschäftigungs- und sozialpolitischer Maßnahmen und Programme. Teilzeit-Ausbildungsplätze und -programme für junge, alleinerziehende Mütter sollten, auch in der Kreisverwaltung, in besonderem Maße gefördert werden.

Die kommunale Ebene muss die Infrastruktur, die die Gleichberechtigung der Geschlechter vorantreibt, stellen und gestalten. Dazu zählen unter anderem Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Privatem und Beruf wie zum Beispiel durch die Anpassung von Öffnungs- und Betreuungszeiten von Kindertagestätten und Grundschulen an die Arbeitszeiten berufstätiger Frauen oder Hilfestellungen beim Wiedereinstieg in den Beruf. Darüberhinaus müssen Handlungen der Verwaltung in ihren Auswirkungen auf beide Geschlechter bewertet werden.

Wir werden das Kreisfrauenbüro sachlich und personell erhalten und die Kreisfrauenkommission weiter stärken und ihre Arbeit aktiv begleiten. Die Stelle der externen Frauenbeauftragten, die unter der alten Kreiskoalition abgeschafft worden war, haben wir wieder geschaffen.

Den Frauenförderplan, der unter anderem einen höheren Frauenanteil in Führungspositionen der Verwaltung vorsieht, werden wir langfristig weiter umsetzen.

Die Angebote zum Schutz von Frauen und Mädchen werden wir weiter fördern. Das gilt in besonderem Maße für die Finanzierung von Frauenhäusern. Selbstbehauptungskurse für Frauen und Mädchen sind wichtig und sollten auch in Schulen und Vereinen angeboten werden. Wir werden derlei Kurse weiterhin finanziell fördern.

Der Landkreis fördert eine Vielzahl von Frauenvereinen und –initiativen, deren finanzielle Unterstützung von fundamentaler Bedeutung für die Verwirklichung von Gleichberechtigung ist. Diese Förderungen werden wir fortsetzen.

Seniorenpolitik: Erfahrungen für das Gemeinwesen nutzen und Engagement fördern

Ein großer Teil unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstands ist zurückzuführen auf die Arbeit und das Engagement der heutigen Seniorinnen und Senioren. Ohne ihr Zutun, wäre das Gesicht des Gießener Landes heute ein anderes.

Doch die Älteren sind nicht nur die Gestalter der Vergangenheit, sondern wollen auch unser Miteinander in der Gegenwart und Zukunft mitgestalten. Wir werden sie als SPD dabei unterstützen und Möglichkeiten bieten sich ehrenamtlich einzubringen, neue Wissensfelder anzueignen und ihre Erfahrungen und Fähigkeiten in unser Gemeinwesen einzubringen. Hierzu werden wir das Verwaltungshandeln stärker an den Bedürfnissen von Seniorinnen und Senioren ausrichten. Das zentrale Ziel kommunaler Seniorenpolitik ist für uns die Würde älterer Menschen zu erhalten und ihre Individualität zu sichern.

Wohnortnahe Versorgungs-, Bank- und Einkaufsangebote begünstigen den Verbleib im gewohnten sozialen Umfeld. In einer bürgeroffenen Tagung und unter Einbeziehung aller relevanten Akteure wollen wir Erfahrungen mit Dorfläden und ähnlichen Angeboten bilanzieren, auswerten und Erfahrungen daraus nutzbar machen.

Wir werden, wo immer es uns als Landkreis möglich ist, bei wohnungsbaupolitischen Maßnahmen die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren berücksichtigen. Das gilt für die Schaffung oder Sicherstellung von Barrierefreiheit, die Bereitstellung von kleineren und bezahlbaren Wohnungen sowie Unterstützung beim Wunsch nach einem Umzug aus einer

größeren in eine kleinere Wohnung. Wir werden Modelle der Nachbarschaftshilfe sowie generationenübergreifende Wohnkonzepte unterstützen.

Medizinische und pflegerische Versorgung vor Ort sind gerade aus Sicht von Seniorinnen und Senioren von zentraler Bedeutung. Daher sind das Land und die Kassenärztliche Vereinigung gefragt, wenn es darum geht, die Überversorgung in Ballungsgebieten beziehungsweise die Unterversorgung im ländlichen Raum zu beseitigen. Die Planung der stationären Versorgung durch das Land muss enger mit den Kommunen abgestimmt werden. Wir wollen dabei eine stärkere Berücksichtigung lokaler Besonderheiten und die Schaffung nachhaltiger Versorgungsstrukturen in der Fläche.

Wir werden bei der Ausgestaltung des ÖPNV besondere Rücksicht auf die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren nehmen und Nahverkehrsverbindungen entsprechend gestalten.

Die Digitalisierung der Kommunikation hat sich mittlerweile in alle Lebensbereiche ausgebreitet. Die Grenzen zwischen „virtueller“ und „realer“ Welt haben sich längst verwischt. Wir werden Seniorinnen und Senioren anbieten, sich mit der Nutzung der Neuen Medien noch vertrauter zu machen und dabei die Kreisvolkshochschule mit einbeziehen.

Häufig ist Kompetenz im Digitalen auch eine wichtige Voraussetzung dafür, sich überhaupt ehrenamtlich in Vereinen, Initiativen und Projektgruppen einbringen zu können. Für uns als SPD ist klar, dass unser Gemeinwesen auf das bürgerschaftliche Engagement der Älteren dringend angewiesen ist. Ihr Wissen, ihre Erfahrungen, Phantasie und Gestaltungskraft sind wichtige Eckpfeiler des sozialen Zusammenseins. Deshalb werden wir wo immer notwendig mithelfen, die Voraussetzungen für das Engagement von Seniorinnen und Senioren zu schaffen.

Eine angemessene Seniorenpolitik kann aus unserer Sicht nur gelingen, wenn eben diese durch die Seniorinnen und Senioren als unmittelbar Betroffene mitgestaltet wird. Hierbei leistet der Seniorenbeirat des Landkreises Gießen eine hervorragende Arbeit. Die Wahl seiner Mitglieder statt ihrer Berufung kann einen Beitrag dazu leisten, die politische Teilhabe von Seniorinnen und Senioren weiter zu steigern.

Kinder- und Jugendpolitik: Beteiligung schaffen und Chancen bieten

Wir wollen Politik nicht nur *für* Kinder und Jugendliche machen, sondern *mit* ihnen. Sie sollen die Bedingungen ihres Lebensumfeldes mitgestalten und mit verändern können. Die kommunale Ebene ist hierfür der ideale Ort. Sie ist es auch, die die soziale Infrastruktur für die selbstbestimmte Entwicklung und Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder und Heranwachsende bietet: gute Bildung, Betreuung und Beratung sowie Freizeit-, Kultur- und Mobilitätsangebote.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten darf sich Kinder- und Jugendpolitik nicht an den Anforderungen von Erwachsenen orientieren, sondern muss viel mehr die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen. Das kann jedoch nur gelingen, wenn sie in den politischen Willensbildungsprozess auf kommunaler Ebene einbezogen werden. Daher fordern wir die Einführung des aktiven Wahlalters mit 16 Jahren für Kommunalwahlen. Im Übrigen wollen wir bestehende Institutionen der Schülervvertretungen bei ihrer Arbeit unterstützen. Hier lernen junge Menschen früh, Verantwortung zu übernehmen und ihr unmittelbares Umfeld politisch zu gestalten. Deswegen wollen wir die Schülervvertretungen auch bei der Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft im Landkreis stärker einbeziehen. Darüberhinaus müssen wir für Kinder und Jugendliche weitere Beteiligungsformen schaffen. Dazu gehören für uns neben der engen Abstimmung mit Jugendverbänden die Durchführung von Kinder- und Jugendforen oder projektorientierte Formen wie Workshops.

Die Strukturen und personelle Ausstattung der Kreisjugendpflege werden wir erhalten. Wir wollen als Schwerpunkte der Jugendförderung die Prävention gegen Rechts und gegen Gewalt, die Unterstützung benachteiligter Jugendlicher und Projekte, die das Aufzeigen von Perspektiven zum Ziel haben, setzen. Darüber hinaus wollen wir weiterhin an den Angeboten zur Freizeit- und Feriengestaltung festhalten, in denen Kinder und Jugendliche wichtige Lebenskompetenzen erwerben.

Bestehende Förderungen und Kooperationen mit Verbänden, die sich der Kinder- und Jugendarbeit widmen, werden wir erhalten.

Gesellschaftspolitik: Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement sind das Fundament unserer Miteinanders vor Ort

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements liegt der SPD im Gießener Land besonders am Herzen. Ohne das ehrenamtliche Engagement wäre das gesellschaftliche und kulturelle Leben deutlich ärmer. Die vielen Tausend Ehrenamtlichen sind es, die in Hilfsorganisationen, Feuerwehren, dem THW, den Sozialverbänden, in Chören, in Sport-, Musik-, Kultur- und Tierschutzvereinen, Umweltgruppen und Bürgerinitiativen ihre Anliegen umsetzen, die Gesellschaft mitgestalten und eine unverzichtbare Unterstützung und Ergänzung in den Bereichen Familienpolitik, Kinder- und Jugendarbeit, Umweltschutz, Seniorenarbeit, Freizeit, Sport und Kultur leisten.

Für uns bedeutet Ehrenamtsförderung auch finanzielle Förderung. Für sie werden wir uns trotz klammer Kassen stark machen. Denn gerade die ehrenamtlichen Gruppen und Vereine sind wesentliche Stütze des Miteinanders in unseren Städten und Dörfern: Sei es die gelebte Willkommenskultur vieler ehrenamtlich Engagierter rund um die Unterbringung von Flüchtlingen im Gießener Land, seien es die Vereine, die ganze Einrichtungen für die Kommunen übernehmen oder jene Initiativen, die Treffpunkte, Dorfläden, Heimatmuseen oder Ausstellungsräume für ihre Mitmenschen organisieren. Ehrenamtliche Initiativen tragen zur Attraktivität der Dörfer und Städte bei und sichern die gesellschaftliche Integration – das Miteinander vor Ort.

Die Freiwilligen Feuerwehren erfüllen wichtige Aufgaben im Brand-, Katastrophen- und Umweltschutz. Ihr Einsatz für die Gemeinschaft lässt uns Alle sicherer und besser leben. In Zeiten des demografischen Wandels und zunehmender beruflicher Verpflichtungen müssen wir sicherstellen, dass die Stadt- und Ortsteil-Feuerwehren genügend aktive Mitglieder haben. Deshalb haben sich die Leiter der Freiwilligen Feuerwehren mit der Gefahrenabwehr des Landkreises zu einer Zukunftswerkstatt zusammengefunden. Einige Ergebnisse der Zukunftswerkstätten wurden bereits durch die Kommunen und den Landkreis umgesetzt. Hierzu zählen das hessenweit einmalige Interkommunale Fahrzeugkonzept Brandschutz oder die Erarbeitung des ersten Brandschutzentwicklungsplanes des Kreises.

Eine weitere Entlastung der Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren wird das gemeinsame Gefahrenabwehrzentrum von Stadt und Landkreis Gießen bringen.

Das in diesem Zentrum geplante feuerwehrtechnische Zentrum wird durch das Bereitstellen von diversen Dienstleistungen die Freiwilligen Feuerwehren vor Ort entlasten, aber auch geeignete Räumlichkeiten für die Berufsfeuerwehr Gießen und die Leitstelle des Landkreises zur Verfügung stellen.

Politik für den ländlichen Raum: Daseinsvorsorge sichern, Wirtschaft stärken, Dörfer weiterentwickeln

Im Gießener Land gibt es eine Vielfalt ländlicher Räume mit eigenen Ausgangsbedingungen und Entwicklungschancen. Dies bedingt schon allein die geographische Lage mit ihren herrlichen Landschaften und ihren wunderschönen Dörfern und Städten vom Taunusrand im Südwesten über das Gießener Becken hin zur Wetterau im Südosten, zum vorderen Vogelsberg im Osten und Nordosten und dem Gladenbacher Bergland im Norden und Nordwesten. So vielfältig wie diese Orte sind auch die Menschen, die hier leben. Wir wollen eine eigenständige Entwicklung ländlicher Räume, in denen die Anliegen der Menschen ernst genommen werden.

Daseinsvorsorge im ländlichen Raum sicherstellen

Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, dass Menschen in den ländlichen Räumen eine den regionalen Begebenheiten angepasste Ausstattung öffentlicher Infrastruktur und damit Lebensqualität vorfinden. Wir sehen hier die öffentliche Hand in der Pflicht, ein den Bedürfnissen angepasstes Angebot der Daseinsvorsorge in den Bereichen Bildung, medizinische und pflegerische Versorgung und ÖPNV zu bieten. Wir wollen dabei als Landkreis die Kommunen unterstützen.

Wirtschaft im ländlichen Raum voranbringen

Die Landwirtschaft ist für die Stärkung und Förderung des ländlichen Raums wichtig. Gerade die Landwirte haben eine große Bedeutung für die nachhaltige Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt unserer Kultur- und Naturlandschaft und die sozialen Strukturen im ländlichen Raum. Wir wollen deshalb die Landwirtschaft stärken und dabei mithelfen, lokale und regionale Wertschöpfung zu schaffen. Hierzu wollen wir Landwirte bei der Umstellung auf ökologische und nachhaltige Anbauweisen und umweltgerechte landwirtschaftliche Produktionsverfahren, bei der Direktvermarktung und Eigenverarbeitung ihrer Produkte in der Region, bei der Bildung von Verbraucher- und Erzeugergemeinschaften oder bei Dienstleistungen im Bereich der Naherholung und des Sanften Tourismus unterstützen.

Unsere Wälder erfüllen unverzichtbare Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen. Deshalb wollen wir ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Walderhalt und vernünftiger Nutzung erreichen. Hier steht für uns die Förderung des Aufbaus und des Erhalts standortgerechter Wälder im Mittelpunkt. Die Waldflächen in öffentlicher Hand sind dem Gemeinwohl besonders verpflichtet und müssen daher nachhaltig und Generationen übergreifend langfristig bewirtschaftet werden. Dies ist mit kurzfristigen Profitinteressen unvereinbar. Aus diesen Gründen lehnen wir den Verkauf oder die Privatisierung von Staats- und Körperschaftswald entschieden ab.

Neben der Land- und Forstwirtschaft kommen auch dem Handel, dem Handwerk und dem Dienstleistungsbereich für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume eine wichtige Rolle zu. Hier gilt es sowohl die bereits ansässigen Unternehmen (Bestandspflege) als auch Neugründungen zu unterstützen. Das berücksichtigen wir sowohl in der von der SPD maßgeblich angestoßenen Arbeitsmarkt- und Ausbildungsstrategie des Landkreises als auch bei unserer kommunalen Wirtschaftsförderungspolitik. Außerdem haben wir bereits Chancen, die sich aus der Energiewende ergeben, für das lokale Handwerk nutzbar gemacht. Diesen Prozess wollen wir fortsetzen. Zudem haben wir mit unserer aktiven Tourismusförderung mitgeholfen, Beschäftigung im ländlichen Raum zu erhalten beziehungsweise neu zu schaffen.

Dörfer weiter entwickeln

Die Dörfer im Gießen Land weisen in ihrer Struktur eine große Vielfalt auf und stellen die Zentren ländlichen Lebens dar. Diese Dörfer sollen Dörfer bleiben, sie müssen ihre kulturelle Identität und ihr örtliches Vereinsleben behalten. Sie leben vom Engagement ihrer Bevölkerung. Dörfer der Zukunft können immer nur gemeinsam und vor Ort im Dialog gestaltet werden. Zentrales Handlungselement zur Dorfentwicklung bleibt nach wie vor das Dorferneuerungsprogramm, das auch im Gießener Land bereits wichtige Impulse gesetzt hat. Das Ziel der Dorferneuerung sollte die Innenentwicklung und Wiederbelebung der Ortskerne sein. Um dies zu erreichen, sollten die Kommunen ein eigenständiges Konzept zur Entwicklung der Siedlungs- und Infrastruktur für alle dazugehörigen Ortsteile entwickeln. Dabei können die Kommunen durch das Einbinden der betroffenen Bürgerinnen und Bürger Projekte erarbeiten, die von den Menschen angenommen und getragen werden und nicht an ihrer Lebenswirklichkeit vorbeigehen. Außerdem wollen wir, dass die Kombinierbarkeit des Dorferneuerungsprogramms mit anderen Förderprogrammen verbessert wird.

Sportpolitik: Strukturen erhalten und Vereinen helfen

Sport fördert Gesundheit, Lebensqualität und Lebensfreude. Er bringt Menschen von unterschiedlicher Herkunft und sozialem Status zusammen. Der Sport lehrt Toleranz und Fairness, fördert gesellschaftliche Teilhabe sowie Engagement und stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Für Kinder und Jugendliche leistet er einen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung.

Die kommunale Infrastruktur in Sachen Sport- und Freizeiteinrichtungen im Landkreis kann sich sehen lassen. Dennoch wird es angesichts der Unterfinanzierung der Kommunen durch das Land Hessen eine Kraftanstrengung für die kommunale Familie bedeuten, die Infrastruktur zu erhalten. Den Infrastrukturerhalt wollen wir durch die Entwicklung eines Schwimm- und Sportstättenkonzeptes fördern. Den Grundstein für so ein Konzept, mit dem wir auch den Schwimm- und Sportunterricht für Kinder und Jugendliche fördern wollen, haben wir bereits gelegt. Darüberhinaus wollen wir die ehrenamtliche Arbeit in den Sportvereinen unterstützen. Dazu zählen die Einrichtung eines kreisweiten „Sorgentelefon“, ein Seminar- und Weiterbildungsangebot (z.B. zu Steuer- und Rechtsfragen oder Fördermöglichkeiten und –anträgen), die Schaffung von Netzwerken zur Vermittlung freiwilligen Engagements (z.B. Ehrenamtsagenturen oder Freiwilligenbörsen) und – wo immer möglich – der Abbau bürokratischer Hürden.

Familienpolitik: Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen

Für eine soziale, solidarische und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft brauchen wir eine neue Verbindung von Arbeit und Leben, von Familie und Beruf. Wirtschaftlicher Fortschritt muss mit gesellschaftlichem Fortschritt einhergehen. Die berufliche Tätigkeit beider Elternteile ist heute Realität – sie ist sowohl ökonomisch notwendig als auch eine Frage der Selbstverwirklichung. Deshalb muss steigende Flexibilität im Arbeitsleben auch mehr Flexibilität und Freiräume für die Menschen bringen, ihr Leben jenseits der Arbeit nach ihren Wünschen zu gestalten. Dazu zählt für die meisten Menschen auch, Zeit und Kraft für die Familie zu haben.

Die Erreichung dieser Ziele kann nur gelingen, wenn es bedarfsgerechte und hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote mit entsprechenden, für berufstätige Eltern passenden Öffnungs- und Betreuungszeiten für Kinder aller Altersgruppen gibt. Wir haben als SPD dafür Sorge getragen, dass der Landkreis hierzu seinen Beitrag leistet und werden dies auch künftig

tun. So wollen wir, dass der Landkreis die Kommunen weiterhin finanziell und durch Beratung dabei unterstützt, Kitas zu Familienzentren auszubauen. Wir halten zudem die Arbeit von Familienhebammen vor und nach der Geburt für sinnvoll und wollen sie weiter stärken. Das Hallo-Welt-Programm werden wir fortführen. Außerdem wurde die Verwaltung des Landkreises unter unserer Regierungsverantwortung als familienfreundlicher Betrieb zertifiziert. Wir wollen hieran ansetzen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Angestellten der Verwaltung weiter verbessern.

Den Pakt für den Nachmittag sehen wir lediglich als Einstieg in die Schaffung flächendeckender Ganztagschulen an. Auf Dauer kann er keine Alternative zu pädagogisch durchstrukturierten, rhythmisierten Ganztagschulen sein.

Verkehrspolitik: Mobilität für Alle ermöglichen

Mobilität ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger mobil sein können. Dazu gehören eine intakte Verkehrsinfrastruktur auf der Straße (hier setzen wir uns besonders für die Sanierung von Kreisstraßen in den Ortsdurchfahrten ein) und der Schiene sowie die intelligente Verzahnung von ÖPNV und Individualverkehr mit PKW oder Fahrrad. Nachhaltige Mobilität ist nur durch eine enge Abstimmung von Auto, Bahn, Bus, Fahrrad und Fußgänger zu erreichen. Dem ÖPNV kommt eine Schlüsselrolle zu, weil er durch Bündelung Verkehr verringert. Das gilt auch für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene.

Im Gießener Land bestehen deutliche Pendelbeziehungen zwischen den Umland-Gemeinden mit dem Oberzentrum Gießen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, den ÖPNV zwischen Stadt und Kreisgemeinden nicht auszudünnen. Vielmehr fordern wir eine attraktive Ausgestaltung des ÖPNV und eine Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger. Die Kommunen müssen gerade angesichts des demografischen Wandels darin unterstützt werden, den Menschen auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Mobilität zu ermöglichen. Wir wollen gemeinsam mit den Verkehrsträgern Konzepte für Bürgerbusse unterstützen, Anreize zum Car-Sharing geben sowie Mobilitätsangebote wie Anruf-Sammel-Taxen sowie Nahbussysteme für den ländlichen Raum stärken beziehungsweise etablieren. Eine ÖPNV-Spätverbindung gegen 24 Uhr von Gießen in die Umlandgemeinden, nötigenfalls mit Anruflinien- oder Anrufsammeltaxen, sollte Standard werden.

Neben der klaren Pendelbeziehung zwischen Kreisgemeinden und Stadt besteht auch eine stark frequentierte Pendelstrecke vom Gießener Land in die Rhein-Main-Region. Zudem zeichnet sich das Gießener Land durch seine bundesweit zentrale Lage aus. Wir wollen diese Voraussetzungen verkehrspolitisch nutzen und neben der Anbindung an die Autobahn auch die Einbindung unserer Region in den öffentlichen Regional- und Fernverkehr vorantreiben. Deshalb sprechen wir uns für die Reaktivierung geschlossener und den Ausbau bestehender Schienenverbindungen aus, wie z. B. Hungen-Wölfersheim (Friedberg-Frankfurt) oder die Lumdatalbahn aus. Alle Bahnhaltepunkte im Kreis müssen dringend saniert werden. Wir wollen eine bessere Vernetzung innerhalb der Region Mittelhessen zwischen den Knotenpunkten Wetzlar, Gießen und Marburg und eine effizientere Anbindung an Frankfurt durch ein weiteres Gleis sowie die Weiterführung der Zugverbindung zwischen Kassel, Gießen, Frankfurt am Main bis zum Frankfurter Flughafen. Daneben gilt es auf den Lärmschutz entlang unserer Bahnlinien ein besonderes Augenmerk zu richten; dazu gehört auch, dass es zu keiner Ausweitung des nächtlichen Güterverkehrs auf der Main-Weser-Bahn kommt. Wir fordern zudem Bund und Land dazu auf, durch geeignete Maßnahmen an der A5 zwischen dem Gambacher Kreuz und dem Reiskirchener Dreieck sowie entlang der A45 bei Linden und Langgöns den Lärmschutz für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sicher zu stellen.

Radwege sind besonders um Gießen gut genutzte Alternativen zum PKW-Verkehr. Aber auch im ländlichen Raum werden sie gerne genutzt (zum Beispiel Lich – Hungen). Wir unterstützen die Forderung nach zusätzlichen Radwegen wie zum Beispiel Alten-Buseck – Gießen, Lich – Eberstadt, Gießen – Krofdort-Gleiberg. Das komplette Rad- und Fußwegenetz soll dichter als bisher mit Richtungspfeilen, Zielort und Entfernungsangaben ausgeschildert werden. Das fördert auch den sanften Tourismus. Außerdem wollen wir die Nutzung des Fahrrads gerade bei jungen Menschen fördern. Wir wollen daher die Installation brauchbarer Fahrrad-Abstellanlagen an allen Schulen im Kreisgebiet. Eine erste Bestandsaufnahme hierzu ist bereits erfolgt.

Abfallwirtschaftspolitik: Intelligente Politik verbindet Klima- und Umweltschutz mit Beschäftigungsaufbau

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren in der Vergangenheit maßgeblich am Aufbau der heutigen Abfallwirtschaft im Gießener Land beteiligt. Sie ist auf Ressourcenschonung durch Abfallvermeidung und Abfalltrennung sowie eine umweltverträgliche hochwertige Abfallverwertung ausgerichtet. Mit der Gründung des Zentrums für Arbeit und Umwelt (ZAUG) haben wir schon vor 30 Jahren bewiesen, dass sich Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sinnvoll und zukunftsweisend verbinden lassen. Auch heute gilt: Eine möglichst niedrige Menge insgesamt anfallender Abfälle ist unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen Wirtschaft. Denn dann sind die Stoff- und Materialflüsse gering, der mit der Verwertung und Entsorgung der Abfälle verbundene Energie- und Transportaufwand ist niedrig und der endgültige Verbrauch natürlicher Ressourcen gering.

Diesen Pfad wollen wir fortsetzen. In der kommenden Legislaturperiode des Kreistages wollen wir uns für folgende Ziele und Projekte einsetzen:

- Die kommunalen Wertstoffhöfe in den Kreisgemeinden haben sich bewährt. Das Ziel bleibt ein flächendeckendes System der kurzen Wege zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises.
- Die Getrenntsammlung mit gelben Tonnen und gelben Säcken soll solange weitergeführt werden bis klar ist, ob eine bundesweit einheitliche Wertstofftonne für die erweiterte Wertstofffassung eingeführt wird.
- Sollte die Modellphase der haushaltsnahen Getrenntsammlung von Altelektrokleingeräten in Lich und Fernwald ein positives Ergebnis bringen, ist eine stufenweise Erweiterung des Systems auf den gesamten Landkreis anzustreben.
- Die Gewerbeabfallberatung vor allem für kleine und mittlere Betriebe muss auch zukünftig bedarfsgerecht durchgeführt und soll fortlaufend evaluiert werden.
- Bei der Bioabfallentsorgung zieht die SPD die energetische Verwertung (zum Beispiel durch Biogasgewinnung) der Kompostierung vor.
- Die Alt-Deponie Gießen-Allendorf muss nach der erfolgreichen, bereits durchgeführten Oberflächenabdichtung zur weiteren Nachsorge noch über einen längeren Zeitraum betrieben werden. Im Falle der Alt-Deponie Reiskirchen hat nun zunächst die Oberflächenabdichtung und Abschlussbepflanzung zu erfolgen.

- Die ZR Recycling GmbH bleibt für uns auch weiterhin ein wichtiges Instrument der Abfallwirtschaftspolitik. Auch deshalb wollen wir, dass der Landkreis weiterhin Mehrheitsgesellschafter der ZR GmbH bleibt und die vertrauensvolle Kooperation mit kompetenten Partnern und deren Fachleuten in Sachen Abfallwirtschaft fortgeführt wird.
- Unser Ziel bleibt auch weiterhin mindestens die Stabilität der Abfallgebühren. Wir wollen zudem prüfen lassen, ob einerseits ein Vollservice möglich ist und andererseits Gebühren durch nutzungsgerechte Abrechnungen reduziert werden können. Die Laufzeiten von Dienstleistungsverträgen im Bereich der Abfallwirtschaft müssen weiter angepasst und die Ablaufdaten harmonisiert werden.

Wohnraumpolitik: Guten und bezahlbaren Wohnraum schaffen

Gründung eines Zweckverbandes für sozialen Wohnungsbau

Kommunale Wohnungspolitik bildet für die SPD im Landkreis einen Eckpfeiler der öffentlichen Daseinsvorsorge. Viele Mieter im Gießener Land sind zur Begleichung ihrer Miete auf die Zahlung von Transferleistungen angewiesen. Weitere Haushalte erhalten Leistungen nach dem Wohngeldgesetz. Die Stadt Gießen hat unter allen Hochschulstädten bundesweit den höchsten Anteil an Studierenden bezogen auf die Zahl der Bevölkerung. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Stadt und Kreis Gießen ist daher überdurchschnittlich hoch. Wir wollen daher den Bau von mehr Sozialwohnungen und Wohnungen für Bezieher unterer und mittlerer Einkommen fördern und stärken. Daher hat der Landkreis auf Initiative der SPD beschlossen, einen Zweckverband zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Landkreis zu gründen. In diesem Verband wird die Zusammenarbeit des Landkreises, möglichst vieler Städte und Gemeinden sowie von Bau- und Siedlungsgenossenschaften beziehungsweise Unternehmen des sozialen Wohnungsbaus angestrebt. Ziel ist es, die wohnungsbaupolitischen Anstrengungen insbesondere für sozial Benachteiligte zu bündeln. Dadurch wollen wir kreisweit bezahlbaren Wohnraum schaffen helfen. Im Zuge dieser Initiative werden wir auch gezielt die Zusammenarbeit mit Akteuren der lokalen Bauwirtschaft suchen, um die Schaffung regionaler Wertschöpfung zu erreichen. Zur Finanzierung dieser Initiative wollen wir unter anderem auch das kommunale Investitionsprogramm des Landes Hessen (KIP), weitere Programme der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI Bank, Neubau im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung)

oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau und gegebenenfalls Förderprogramme für studentisches Wohnen in Anspruch nehmen und dabei auch die Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk suchen.

Neben der Gründung dieses Zweckverbandes werden wir bis Ende 2016 die Richtlinien zur Ermittlung angemessener Wohnkosten auf Grundlage einer validen statistischen Erhebung fortschreiben, die Daten in anonymisierter Form öffentlich zugänglich machen und bei der Erhebung etwaige energetische Maßnahmen durch einen Klimabonus berücksichtigen. Unser Ziel ist es, dass die Kosten der Unterkunft die tatsächlichen Wohnkosten in unserer Region widerspiegeln. Ferner fordern wir das Land Hessen auf die so genannte Mietpreisbremse wirksam werden zu lassen.

Umweltpolitik: Unsere Natur schützen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die unterschiedlichen Lebensräume mit ihren Tier- und Pflanzenarten schützen. Wo immer möglich werden wir als Teil einer Kreiskoalition unseren Beitrag hierzu leisten und dabei Landwirte sowie Landschaftspflegeverbände stärker in den Umweltschutz einbinden und unterstützen.

Wir wollen, dass der Landkreis auch zukünftig Naturdenkmäler ausweist. Die Untere Naturschutzbehörde soll aktiv für private und öffentliche Fördermittel für Naturdenkmäler und geschützte Landschaftsbestandteile werben und damit die Aktivitäten des Naturschutzes stärken.

Darüber hinaus wollen wir als Landkreis Einfluss darauf nehmen, den Umwelt- und Naturschutz weiter voranzutreiben. Dazu gehören zum Beispiel der Erhalt unserer Magerrasenflächen als Voraussetzung für Flora und Fauna, der Erhalt unserer Wälder, Erhalt bestehender und die Anlage neuer Feuchtbiotope oder der Erhalt der Lahnaue als wichtige Raststätte für Zugvögel und als Brutstätte vieler gefährdeter Vogelarten.

Bei der Tourismusförderung soll auch weiterhin ein besonderer Schwerpunkt auf den naturverträglichen Tourismus gelegt werden. Neben dem Radwegesystem wollen wir auch das Wanderwegesystem ausbauen und systematisieren. Streuobstbestände müssen als traditionelle Bestandteile der Kulturlandschaft und damit auch als prägende Elemente des Landschaftsbildes erhalten werden. Gleichzeitig wird dadurch ein Beitrag zur Erhaltung von Möglichkeiten zur Naherholung geleistet.

Darüber hinaus haben Streuobstbestände eine hohe Bedeutung für den Naturhaushalt, insbesondere als Lebensraum für eine Vielzahl heimischer Tier- und Pflanzenarten. Der Landkreis soll daher auch zukünftig gemäß seiner „Richtlinien für die Förderung und Erhaltung von Streuobstbeständen“ die Neupflanzung von Hochstämmen durch Zuwendungen fördern.

Kulturpolitik: Kreativität fördern und Zugang für Alle ermöglichen

Eine freie, vielfältige und unabhängige Kunst- und Kulturszene hat eine wichtige soziale und gesellschaftspolitische Funktion und eine notwendige tradierende, identitätssichernde und -stiftende sowie integrative Aufgabe. Kunst und Kultur sind ein Element der Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Gemeinde. Das kulturelle Angebot vor Ort leistet einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität, zur regionalen Wirtschaft und zur Attraktivität von Kommunen. Und: Kultur stärkt das Miteinander. Denn sie bietet Identität und Heimat und ist der Ort, wo sich Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher sozialer oder nationaler Herkunft, mit unterschiedlichem Bildungsstand und jeder Altersgruppe, begegnen können. Zudem sind lokale und regionale Kunst und Kultur Teil eines Gegengewichts zur großflächigen Kommerzialisierung von Kunst und Kultur, auch weil nur vor Ort eine hinreichende Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger möglich ist und die Produktionsbedingungen von Kunst und Kultur ansatzweise verstanden werden können.

Kultur ist von grundlegender Bedeutung für die Kommune. Deshalb sehen wir Kultur nicht als freiwillige Leistung an, die man sich lediglich bei vollen Kassen leisten kann oder sollte. Kultur gehört für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vielmehr zur Grundversorgung und ist damit ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mehr noch: Kultur für Alle, Kultur erlebbar machen für jeden, der es möchte, unabhängig vom Geldbeutel, ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Umso mehr bedauern wir, dass sich das Land Hessen aus seiner Verantwortung in Sachen Kulturförderung schleichend davon macht und schlimmer noch durch ihre kommunalfeindliche Finanzpolitik kommunaler Kulturförderung Steine in den Weg legt. Dennoch werden wir mithelfen, die Kulturlandschaft im Gießener Land zu erhalten und bestehende finanzielle Unterstützungen fortzusetzen. Wir bekennen uns dabei zum Stadttheater mit seinen verschiedenen Sparten, Spielstätten und Aufgabenbereichen und zum Finanzierungsanteil des Landkreises am Stadttheater auf Grundlage des bestehenden Theatervertrags zwischen Landkreis Gießen, Stadt Gießen und dem Land Hessen. Wir wollen

traditionelle Einrichtungen ebenso wie unkonventionelle Kulturansätze unterstützen. Dabei sollen sich kritische, utopische, provozierende, traditionelle und unterhaltsame Elemente ergänzen. Wir wissen, dass die Kinos in Lich und Grünberg mit jeweils anderen Schwerpunkten gruppenspezifische oder bildungspolitisch wertvolle Filme zeigen und damit einen bedeutsamen Beitrag zum kulturellen Leben auf dem Land leisten.

Wichtig ist, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises – Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene - aktiv im kulturellen und künstlerischen Bereich mitarbeiten können, auch gerade diejenigen, denen der Zugang zum bisherigen künstlerischen und kulturellen Angebot aus unterschiedlichen Gründen erschwert ist. Gefördert wird ausdrücklich auch von Laien praktizierte Kunst und Kultur sowie alle Formen der Aneignung von Ausdrucksformen von Kunst und Kultur.

Der Landkreis Gießen soll gemeinsam mit seinen Städten und Gemeinden verstärkt Kunst im öffentlichen Raum präsentieren und einheimische Künstler fördern.

Im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten soll die Kreisverwaltung auch Organisations- Kooperations- und Koordinationshilfe zur Verfügung stellen und die verstärkte Zusammenarbeit aller Kunst- und Kulturschaffenden anregen.